Landkreis Dahme-Spreewald

Vorlagen-nummer:	**2018/Anfr./011**

Anfrage

Fraktion : SPD/Grüne
Mitglied des Kreistags : Lothar Treder-Schmidt

Gremium	am	TOP	Beratungsstatus	Öffentlichkeits-status
Kreistag	16.05.2018		zur Beantwortung	öffentlich

Betrifft: **Anfrage an den Landrat**
hier: Anfrage zu sogenannten "Reichsbürgern" und "Selbstverwaltern" im Landkreis Dahme-Spreewald

---

Vorbemerkung

Die Problematik und Gefahr, die durch die selbsternannten „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ ausgeht, wurde längere Zeit unterschätzt. Einer breiten Öffentlichkeit wurde das Phänomen dann durch die tödlichen Schüsse auf einem Beamten eines Spezialeinsatzkommandos der bayrischen Polizei bekannt.[1] Die tödlichen Schüsse haben auch zu einer Neubewertung durch die Sicherheits-behörden geführt. Das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet die Szene seit November 2016 und stellt im Verfassungsschutzbericht 2016 fest:
„Zu ‚Reichsbürgern‘ und ‚Selbstverwaltern‘ zählen Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven die Existenz der Bundesrepublik Deutschland leugnen und deren Rechtssystem ablehnen. Dabei berufen sie sich etwa auf das historische Deutsche Reich, auf verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder auf ein selbst definiertes Naturrecht.“
Die Bundeszentrale für politische Bildung ordnete die Szene in eine rechtsextreme und verschwörungstheoretische Gruppe ein. Die Ideologie wird als antisemitisch, geschichtsrevisionistisch und demokratiefeindlich bezeichnet.[2]
Die Verwaltungen von Gemeinden, Landkreisen und Städten sind mit dem Problem der selbsternannten „Reichsbürger“ oder „Selbstverwalter“ in vielseitiger Weise konfrontiert. Dabei werden häufig keine Abgaben, Steuern, Buß- oder Strafgelder gezahlt. Des Weiteren kommen Delikte wie beispielsweise das Fahren ohne Führerschein hinzu. Darüber hinaus werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung beleidigt und bedroht, wenn beispielsweise Bußgelder erhoben werden sollen.[3]

Ich frage Sie daher, sehr geehrter Herr Landrat:

1. Sind im Landkreis Fälle von selbsternannten „Reichsbürgern“ oder „Selbstverwaltern“ bekannt und um wie viele Personen handelt es sich?

2. Werden die Fälle im Kreis zentral erfasst?
   a. Wenn nein, sind entsprechende Maßnahmen geplant?
   b. Wenn ja, in welcher Form geschieht dies?

3. In welchen Bereichen kommt es zu Problemen (zum Beispiel Zahlung von Bußgeldern, Rückgabe von Personalausweisen) durch selbsternannte „Reichsbürger“ oder „Selbstverwalter“ (bitte Fälle darstellen)?

4. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreises, der Ämter und Gemeinden für die Problematik der „Reichsbürger“ oder „Selbstverwalter“ zu sensibilisieren?

5. Wie wird mit entsprechenden Fällen verfahren (z.B. Rückgabe von Ausweisdokumenten oder Weigerung Bußgelder zu begleichen)?

6. Wurden in der Vergangenheit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises bzw. der Ämter/Gemeinden durch selbsternannte „Reichsbürger“ oder „Selbstverwalter“ bedroht oder unter Druck gesetzt?

Lübben, 12.04.2018

gez.
Treder-Schmidt
Mitglied des Kreistags

[1]http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.expertengespraech-zu-reichsbuergern-verfassungsschutz-chefin-wir-sind-spaet-dran.7a57443e-25e1-4423-b8ec-9a619091d565.html
[2]http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/173908/glossar?p=69
[3]http://www.fr.de/politik/meinung/gelesen/reichsbuerger-unterschaetzte-gefahr-a-1380610 und http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.expertengespraech-zu-reichsbuergern-verfassungsschutz-chefin-wir-sind-spaet-dran.7a57443e-25e1-4423-b8ec-9a619091d565.html